



Mehr Wohnungen und bezahlbare Mieten – nur mit der SPD

1. Dresden ist eine lebenswerte Stadt und soll es auch bleiben – gerade auch für Menschen mit kleineren Einkommen – die Paketbotin, der Kassierer, die Busfahrerin, Familien mit mehreren Kindern u.v.m. Unser Ziel ist bezahlbares Wohnen für alle, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir nehmen es nicht hin, dass gerade Menschen mit kleineren Einkommen besonders unter dem Mietenanstieg leiden. Darum werden wir auf allen staatlichen Ebenen die nötigen Maßnahmen ergreifen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, das Mietenwachstum zu begrenzen und Spekulation zu Lasten von Mieter:innen zu verhindern.
2. Dank der finanziellen Unterstützung des Bundes und der Wiedereinführung des sozialen Wohnungsbaus in Sachsen werden seit 2017 in Dresden wieder neue kommunale Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen gebaut und bereitgestellt. Damit in Dresden dauerhaft ausreichend bezahlbare Wohnungen vorhanden sind, muss der soziale Wohnungsbau langfristig gesichert und noch ausgebaut werden. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Olaf Scholz wollen 400.000 neue Wohnungen jedes Jahr bauen, 100.000 davon öffentlich gefördert. Das wirkt dauerhaft am besten gegen steigende Mieten.
3. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es wichtig, dass die Stadtteile in Dresden sozial durchmischt sind. Darum hat die SPD für die Einführung des Kooperativen Baulandmodells gesorgt, nachdem bei Wohnungsneubau die Investoren verpflichtet werden, 30 % der Wohnungen preiswert zu vermieten. So können Menschen mit kleinen und größeren Einkommen – der Facharbeiter und die Hochschullehrerin – nebeneinander leben. Die SPD steht zum Kooperativen Baulandmodell und setzt sich im Stadtrat dafür ein, dass der Anteil bezahlbarer Wohnungen, v.a. bei größeren Bauprojekten, möglichst nah an 30% ist.
4. Bis ausreichend bezahlbare Wohnungen in Dresden vorhanden sind, müssen Mietenwachstum begrenzt und Spekulation bekämpft werden. Die Mietpreisbremse kommt endlich nun auch in Sachsen. Falls das nicht ausreicht, brauchen wir auch



einen Mietenstopp. In Gegenden mit angespannter Wohnlage können dann für fünf Jahre die Mieten nur noch im Rahmen des Inflationsausgleichs erhöht werden, bis sich der Markt wieder beruhigt hat.

5. Für ein klimaneutrales Land müssen auch alle Gebäude energetisch saniert und mit modernen Heizungsanlagen ausgestattet werden. Die Kosten dafür müssen fair zwischen Mietern und Vermietern aufgeteilt werden. Das ist gerecht und sinnvoll, weil so auch Vermieter einen besseren Anreiz für klimagerechte Sanierung ihrer Häuser haben.

6. Grund und Boden sind Gemeingüter. Ihre Bewirtschaftung muss dem Allgemeinwohl dienen. Der Bund wird die Kommunen beim Aufbau von Bodenfonds unterstützen und das Vorkaufsrecht der Gemeinden stärken. In Dresden werden wir diese Angebote nutzen, um die WiD weiter zu stärken. Eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die wir einführen wollen, wird auch in Dresden die Mieten in den Unternehmen bezahlbar halten, die keinen Gewinn erwirtschaften wollen – die kommunale WiD und die Genossenschaften.